



3. Dezember 2025

Postulat

von FDP-Fraktion

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen und zu berichten, wie angesichts der aktuellen Schuldenentwicklung eine gezielte finanzpolitische Re-Priorisierung vorgenommen werden kann. Es sollen nicht nur die Investitionen, sondern auch die Optimierung des Cashflows betrachtet werden.

Dabei soll insbesondere dargelegt werden, wie auf nicht zwingend notwendige Liegenschaftskäufe verzichtet werden kann. Diese liefern keinen unmittelbaren Nutzwert für die Grundversorgung und es besteht kein finanzieller oder gesellschaftlicher Mehrwert. Ebenso soll dargelegt werden, wie laufende und geplante Strassenbauprojekte kritisch überprüft werden können.

Begründung:

Die Stadt Zürich steht finanzpolitisch unter Druck: Steigende Schulden, höhere Zinslasten und eine Vielzahl neuer Projekte engen den finanziellen Handlungsspielraum ein. Um die langfristige Stabilität sicherzustellen, braucht es klare Prioritäten. Nicht nur bei den Investitionen, sondern auch beim Cashflow-Management.

Liegenschaftskäufe stellen häufig grosse Einmalinvestitionen dar, die zwar langfristige strategische Vorteile bieten können, in der aktuellen Finanzlage jedoch die Verschuldung erhöhen, ohne kurzfristig Entlastung oder zwingenden Nutzen zu schaffen. Ein temporärer Verzicht oder eine Zurückhaltung in diesem Bereich ermöglicht es, die Bilanz zu stabilisieren und Ressourcen auf Kernaufgaben zu konzentrieren.

Auch Strassenbauprojekte, die vor allem politisch motivierte verkehrspolitische Ziele verfolgen, sollten kritisch hinterfragt werden, wenn der konkrete Nutzen unklar oder gering ist. Investitionen in Infrastruktur müssen nachweisbaren Mehrwert schaffen – sei es bezüglich Sicherheit, Qualität oder Funktionalität. Projekte ohne solche Effekte belasten das Budget unverhältnismässig. Hier bestehen Handlungsspielräume. Durch Anpassungen, Streckungen, Verschiebungen oder Verzicht auf solche Projekte kann eine kurz- und mittelfristige finanzielle Entlastungen erzielt werden.

Eine gezielte Re-Priorisierung in diesen beiden Bereichen würde dazu beitragen, die städtischen Finanzen zu konsolidieren, ohne zentrale Leistungen der Stadt zu gefährden.

Eine Erhöhung des Cashflows würde zudem eine stabilere Investitionspolitik gewährleisten. Darum müssen auch hier Entscheide getroffen werden.

Antrag auf gemeinsame Behandlung mit dem Budget 2026